



# Arbeiter Mitteldeutschlands, heraus zum Kampf!

## Mitteldeutsche Hungerlöhne

Über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im mitteldeutschen Bergbau erhalten wir folgende Beispiele, zu denen ausdrücklich bemerkt wird, daß es sich nicht etwa um "straffe Fälle", sondern um die üblichen Zustände handelt:

### Krughütte, Eisleben

1498 Arbeiter, einschließl. Handwerker. Schichtlohn 240 Mark bis 300 Mark mit einem Monatsgehalt von 90 Mt. bis 120 Mt.  
Arbeitszeit: 800 Arbeiter 10 Stunden (Tageslohn), 500 Arbeiter 8 Stunden im Schichtwechsel.

### Kalischhütte, Oberöhringen a. S.

Schäftigt: 300 Arbeiter, Lohn pro Stunde 30—40 Pf.  
50 Handwerker " " " " 48 " "  
10 Kolonnenisten " " " " 80 " "  
2 Arbeiter " " " " 80 " "  
Arbeitszeit: 180 Tagesarbeiter 10 Stunden,  
70 Schichtarbeiter 8 Stunden.  
Feiertagslöhne in der Woche 8 bis 6.

### Schamottefabrik, Eisleben

Schäftigt: 70 Arbeiter, Lohn pro Stunde 30—35 Pf.  
7 Handwerker, Lohn pro St. 30—35 Pf.  
4 Angestellte, Monatsgeh. 100—145 Mt.  
Arbeitszeit: 10 Stunden. Feiertagslöhne in der Woche 2.

## Massenentlassungen und Achtzehntugendtag in der Gröfswitzer Papierfabrik

Uns wird mitgeteilt:  
Die Aufsicht in der Gröfswitzer Papierfabrik und Arbeiter sind sich einig, daß die Entlassungen nicht ohne weiteres 206 Arbeiter aus Straßenplätzen geworfen. Am Freitag, dem 6. September, erneut 40 Mann. Grund: "Arbeitsmangel". Dabei werden von den Lediggebliebenen Arbeitstage von 20 bis 25 auf 10 bis 12 Stunden gekürzt. Der SPD-Betriebsrat tut nichts dagegen.

Nach wie ist die Lage der deutschen Arbeiterkraft so elend geworden wie gegenwärtig. Die Hungerlöhne, die man heute den Massen anzubieten wagt, sind sogar noch weit geringer

als die kärglichen Bezüge der Inflationszeit. Dazu kommen schrankenlose Durchbrechung des Achtstundentags (bis zu achtzehn Stunden, wie wir oben berichteten), Betriebszuspaltung, Unternehmerrückfälle, die dem Arbeiter den Betrieb zur kapitalistischen Hölle machen.

Die Verhältnisse gerade in Mitteldeutschland zeichnen sich durch ein besonders jägarndes Unternehmertum und besonders monströse Hungerlöhne aus. Dazu dröhrt die Durchführung der Dawes-Anleihe, die besonders für die mitteldeutsche Großindustrie eine Dollarkrisierung bedeutet wird, mit noch ungeheurer Verschlechterung in Lohn und Arbeitszeit. Der Kampf wird dann umso schwerer sein als die amerikanischen Industriefolge, ohne mit der Wimper zu zucken, die deutschen Kolonialflotten auf die Straße setzen werden.

Es wird darum Zeit, daß die mitteldeutsche Arbeiterkraft den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitszeitbedingungen aufnimmt. In allen Betrieben müssen die Arbeiter sofort zu dieser Frage Stellung nehmen. Die Gewerkschaften müssen gesamtdeutsch werden, den Kampf um Lohn- und Arbeitszeitbedingungen, um den Achtstundentag und Wiederannahme der Entlassenen zu beginnen. Die Frießhofstraße, die seit Monaten auf dem wirtschaftlichen Gebiet herrscht, muß endlich ein Ende nehmen. Der Kampf gegen die Dawes-Verflattung muß in den Betrieben durch Verteilung der Lebensinteressen der Arbeiter fortgesetzt werden. Dieser Kampf wird, wie das kommunistische Spezialisierungsprogramm zeigt, mit Naturnotwendigkeit zu einem Kampf gegen die Grundlagen der Ausbeutergesellschaft werden.

Wir fordern die Betriebsräte und Funktionäre in den Betrieben auf, uns in unserer Kampagne mit Material über die Verhältnisse in ihrem Betriebe zu unterstützen, um von ihren Schritten zur Aufrechterhaltung der Massen und dem Kampf gegen das Unternehmertum zu berichten.

- Die mitteldeutsche Arbeiterkraft muß endlich ihren Ausbeutern auf dem Wege der Verflattung ein energieloses Halt entgegenzusetzen! Sie müssen den Kampf aufnehmen gegen Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung; gegen Stilllegung der Betriebe; für ausreichende Löhne; für den Siebentags- bzw. Achtehtundentag; für die Freisetzung der Gewerkschaften in den Produktionsprozess; für die Kontrolle der Produktion durch die Arbeiterausschüsse.

## 6 Milliarden Kredite gefordert!

Auf dem Wege zur Dollar-Kolonie

Neuzeit, 8. September.  
Amerikanische Banken erklären, daß in den letzten Tagen von der deutschen Industrie über 15 Milliarden Dollar Kredit angefordert sind. Die Wall Street und Goldman verlangte einen Kredit von 6 Milliarden Dollar. Dem Rheinisch-Westfälischen Reichsbankrat wurde ein Kredit von 10 Millionen Dollar gegen Verpfändung der Renten gegeben.

Es beginnt der großartigste Konzentrationsvorgang, den die Wirtschaftsgeschichte des Kapitalismus bisher je erlebt. Die Kredite, die amerikanische Truhs den wichtigsten deutschen Industrien der Stahl-, Textil-, Holz-, Metall-, Papier-, Lebensmittel- und Eisenindustrie, der Luftfahrt, der Automobilindustrie, der chemischen Industrie und der Bergbauindustrie und ihre Angleichung an die großen Truhs Amerikas.

Was bedeutet es aber weiter, daß Amerika in Deutschland kein Kapital investiert? Es bedeutet, daß schon jetzt die amerikanische Geldgeber hinter den Rücken der deutschen Wirtschaft stellen werden. Es bedeutet, daß international keine Industrien die Amerika im Wege hindern, sich zu entwickeln. Es bedeutet, daß das deutsche Proletariat nunmehr unter der Faust Morgans-Redfellers arbeiten wird.

Es ist ein harter Schlag für den englischen Imperialismus, diese Preisgabe der deutschen Wirtschaft in die Interkontinentale American Bank. Die deutsche Industrie und Eisenindustrie auf die Seite gestellt, es bedeutet auch die enge Zusammenarbeit zwischen der französischen und der deutschen Schwerindustrie. Es ist die gemeinsame amerikanisch-englische Front gegen England. Die englische Industrie weiß dies und versucht seitens mit allen Mitteln und der Hilfe von Wenden die deutsche Industrie und die Gewährung der Kredite zu hintertreiben. Diese Ziele aber zunichte kommen, rüffte sie sich zum Kampf um den Einfluß auf die deutsche Industrie. In England ist bereits ein Einfluß auf diesem Wege gegründet worden. Zweifellos ist aber Amerika der wirtschaftlich Stärkerer in diesem Kampf. Deutschland aber wird zu einer Anhangsprobe für amerikanisches Kapital. Und Amerika mit seiner ungeheuren Macht in der Welt, wie es jetzt nachdrücklich in China tut.

Über das internationale Kapital wird ferner. Die Gegenstände des Kapitalismus tippen sich in einer Weise zu, wie Marx es im "Kapital" vorausahnte. Wenige besitzen alles, während die breiten Massen verelenden. Die Zulassung der Gegenstände bedeutet eine Verhängnis des Klassenkampfes, bedeutet eine Revolutionierung der breiten Massen.

## Auf Rechnung der Dawes-Anleihe!

Der letzte Reichsanwaltsbescheid zeigt eine Zunahme des Notenanlaufes um 415,5 Millionen Mark. Wenn dieser neue Anlauf der Notenanlauf ist einer neuen Geldentwertung fähig, so muß er aus der Höhe der Dawes-Anleihe gedeckt werden. Die Dawes-Anleihe wird die Mittel für die Dawes-Anleihe herauszugeben. Prolet, Du müßt die herrlichen Folgen eigentlich schon spüren! Aber Du schützt nur, wie das Brot immer teurer wird, Du siehst Arbeitslosigkeit und Elend; denn verdrehen und halten, Knechte und Wirtschaftler sind zweierlei!

## Zurück in die Gewerkschaften!

Wir müssen die aus den Gewerkschaften ausgestreuten Arbeiter unter der einzigen Partei sammeln:

"Zurück in die Gewerkschaften! So, zurück in die realistische, gegenwartsdienliche, nicht-idealistische Gewerkschaft, zurück in die Gewerkschaften, die sich nach unter der Führung der Sozialdemokraten befinden! Zurück in diese Gewerkschaften, um in ihnen ein Zentrum zur Vereinigung unserer Kräfte zu schaffen." Wenn wir nicht diese Forderung stellen und sie nicht durchführen, dann sind wir revolutionäre Schwärmer, dann werden wir die bürgerliche Ordnung nicht nur nicht durchbrechen, sondern wir werden die Wirtschaftlichkeit verloren haben, wir werden nicht die Höhe der Produktion machen, wir werden nicht an die Wägen der Werte des Retireters der Schwärmer-Richtung, der sagte: "Wir befürworten nicht den Austritt aus den Gewerkschaften." (Aus der Rede des Gen. Sinowjew zur Gewerkschaftsfrage auf dem fünften Weltkongress.)

## Reinert geht — mit vollem Gehalt auf Lebenszeit!

Der bisherige Oberbürgermeister von Hannover, der Sozialdemokrat Reinert, hat sich mit dem hiesigen Gewerkschaften einen Vertrag abgeschlossen, nach dem er freiwillig in den Ruhestand bei Lebenszeitgehalt mit Fortzahlung des vollen Gehalts von 19000 M. tritt.  
Es führen sozialdemokratische Führer den Kampf um die "unverteilten Positionen", auf denen sie für die Arbeiterkraft zu gewinnen meinen können. Die letzte Runde im Wettstreit wird jetzt vor sich gehen aus den hunderttausend Arbeitern herausgeholt werden, solange die Bourgeoisie am Ruder ist. Und da wundert man sich, warum sich die sozialdemokratischen Führer so eifrig für die Schaltung der bürgerlichen Herrschaft einsetzen.  
Wenn nun noch die hiesigen Gewerkschaften von ihren hiesigen Kollegen lernen, wird wohl in der sozialdemokratischen Opposition gegen den Bürgerkrieg eine ziemlich breite Brücke gelegt sein.

## Der SPD-Vorstand wählt seinen Führer

(Ein. Drahtim.) Hannover, 8. September.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratie sprach Reinert die höchste Mißbilligung aus wegen seines mit dem Bürgerblock abgeschlossenen Vertrages. Der sozialdemokratische Parteivorstand verurteilt ferner, daß Reinert von seinen Mißgriffen nicht die Parteilisten in Kenntnis gesetzt hat.  
Die Entlassung des SPD-Vorstandes ist natürlich ein Ereignis, das die hiesigen Gewerkschaften haben erkannt, daß die Schamlosigkeit des hiesigen Vorstands besonders viel Staub aufwirbeln wird. Er hätte sich — fordern sie — erst mit ihnen in Verbindung setzen und die Sache dann geschickt, unauffällig machen lassen.  
Die Entlassungen im Berliner Vorstand haben in dergleichen Dingen, wie solche Pensionen, verabschiedete Parteimitglieder, unangenehme "Zuwendungen", allerlei Erbschaften. Sie haben nicht Reinerts verabschiedetes Kaufgeschäft, sondern nur dessen Ungleichheit.

## Die Partei der Mitglieder mit höherem Einkommen

Der "Sozialdemokratische Verein für das Hamburger Staatsgebiet" hat die Kandidatenliste für die Wertschätzungswahl zusammengestellt. Unter den Kandidaten befindet sich kaum ein Arbeiter. Wir geben nachfolgend die Punkte der Kandidaten in der Reihenfolge, in der sie auf der Liste stehen, wieder:

- Bürgermeister, Vertriebsleiter, Leiter der Volkshilfe, Senator, Vorsitzender des Zimmerverbandes, Redakteur, Gauleiter des Reichsverbandes, Senator, Gelehrter, Schlichter des Landbesitzers, Kreisrichter, Vorsitzender des Gewerkschaftsverbandes (Republik), Direktor der Jugendämter, Kreisrichter, Abteilungsleiter der Zentrale für Heimatdienst, Direktor des Arbeitsamtes, Polizeibeamteter, Senator, Reichsbeamter, Senator, Direktor des Bundes der Krankenversicherungsbeamten, Oberlehrer, Bureauvorsteher, Regierungsrat.
- Jeht erst folgen eine Reihe von Arbeitern und Angestellten, von denen aber nicht alle viele nicht mehr im Betrieb stehen, sondern Gewerkschaftsbeamte sind. Aus der Zusammenfassung der Liste der ersten 30 Plätze ergibt sich ein Bild, das zeigt, daß die Sozialdemokratie nicht mehr eine Partei ist, die ihre realen Funktionen aus dem Reichtum des Proletariats entnimmt. Nicht nur die Kleinbürger, sondern auch die Akademiker wegen vor. Begründet wurde die Auffstellung der Kandidatenliste damit, daß eine erhöhte Leistungsfähigkeit durch die Spezialisten und Akademiker erzielt wurde.  
Nachdem in Berlin die SPD. gegeben mußte, daß die Arbeiter in Scharen die Sozialdemokratie verlassen und nur die Mitglieder mit höherem Einkommen der Partei treu bleiben, die Mitglieder vorzuziehen, so ist die Mitgliederzahl um verzehnfacht, jetzt steht aber Hamburg deutlich nicht nur den Kleinbürgergeheim, sondern geradezu bürgerlichen Charakter der Sozialdemokratie.

## Kommunistischer Stadtrat nicht bestätigt!

Berlin, 9. September.

Die Bestätigung des Stadtdirektors Genossen Dr. Wassiländer zum unbesetzten Stadtrat in Berlin wurde vom Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg abgelehnt.

als Scharfmacher. Und dieses robuste Treiben übt er auch im Reichstag, zwar nicht im Plenum — da läßt man ihn noch nicht heran — aber um so rücksichtsloser in den Ausschüssen. Als nämlich im sozialpolitischen Ausschuss das Elend der Sozialrenten, Kriegsgeldes und Erwerbslosen behandelt wurde, da war es der Abgeordnete Dr. Popold, der den Ausschuss über den Stand des Reichs Volks-Versicherung, der noch und nicht erkläre: "Bei Durchführung des Sachverständigenrats kann die Industrie nur noch voll leistungsfähige Arbeitskräfte verwenden." Auf den Zufall, was denn mit den übrigen werden sollte, antwortete dieser Stimmes-Direktor brutal mit einem Schlußsatz: "Die anderen müssen eben leben, wo sie bleiben." Er schloß die Rede mit der Feststellung, daß höhere Renten und Unterhaltungen nicht mehr gezahlt werden könnten.

Nur noch voll leistungsfähige Beschäftigten, das heißt: Reibung der Betriebe von Anfalls- und Anfallrentnern, von Kriegsgeldbesitzigen, Frauen und älteren Arbeitern. Das ist der deutsche nationale Dank an die Kriegsgeldbesitzer. Das ist der Dank an die Frauen, die in tapfer den Krieg durchgehalten haben. Das ist der deutsche nationale Dank an die Proleten, die dem genug waren, mit Wurzeln und Arbeitsgemeinschaft an dem Wiederaufbau des Kapitalismus in Deutschland zu helfen. Nächstens werden wir an den Fabrikanten Schilde hängen lassen, die im Popold'schen Stil verkünden: "Arbeiter über 40 Jahre werden nicht mehr eingestellt." Als letzten des Reichstages werden die Popold und Komitien den Schritt der Amerikanisierung der deutschen Wirtschaft sehr bald durchführen.

Voll leistungsfähige Arbeitskräfte gibt es ja unter den Erwerbslosen meistens genug. Invaliden und Unfallrentner, Kriegsgeldbesitzer, Frauen und ältere Arbeiter bekommen als Unterhaltung Zettelpennie: Die mögen eben leben, wo sie bleiben. (Nach dem Rezept Popold.) Sie sind die 15 Millionen, von denen der deutsche nationale Professor Gruber-München schon vor Jahren das grauliche Wort sprach, daß sie aussterben müßten, wenn Deutschland seinen Kapitalismus erhalten wollte.

Herr Popold, der Anpaßungsfähige, hat vielen Ausgebeuteten jetzt den Weg gemahnen, die sie gehen sollen. Sie mögen leben, wo sie bleiben. Auswandern — wenn nicht anders, nach dem Friedhof! Das ist die treuehohle, nationale Bestimmung eines Stimmes-Direktors, der sich dem Weltkapital, den Wägen und Komitien zu Diensten gestellt hat!

Die Arbeiter und Angestellten sollen sich diesen Herren, wo immer es nur hervortreten möge, für die Zukunft etwas genau an die Kehle nehmen. Sie sollen ihn und seine Spießgesellen bis zu der vollständigen Auslieferung und dem nationalen Verrat nach die soziale Vernichtung ganzer deutscher Volksteile hängen wollen, energisch zur Rechenschaft ziehen. Und wo irgendwo ein nicht mehr voll leistungsfähiger gar nicht mehr weh, wo er bleiben soll, da werde er sich an den deutschen nationalen Stimmes-Direktor, diesen Herrn Popold, und frage ihn, ob er nicht lieber Brutalität die Krone aufsetzen will, indem er noch die Stricke liefert, für diejenigen, die eben leben müssen, wo sie bleiben!

## Rebellion im deutschen Lager

Die Wogen der Empörung über den Umfall der deutschen nationalen Reichsentscheidungen über das Londoner Diktat ebbt nicht ab; sie nehmen zu an Heftigkeit und parteiübergreifender Wirkung. Es regnet Mißtrauensnoten. Und es mehren sich die Weisungen über die Zukunft des Parteiorgans.

Mit dem Vorstoß an der Spitze ist der Vorstand der Deutschen Christen- und Sozialdemokratischen Partei zu den Nationalsozialisten hingewandert.

Vorstand und Landesverband Hannover-Gebiet der Deutschen nationalen Partei nahmen zur letzten Sitzung des als Rebeur etablierten Reichstagespräsidenten Reichs eine Resolution an, mit der nur der "Rein"-Sagen weitere Vertrauen ausgesprochen wird. Das war ein Schritt für Herrn Weitzel und alle "Rein"-Sagen. Das schmerzt. Diese Woche ist ein Mißtrauensnoten. Der Landesverband Hannover der Deutschen nationalen Partei spricht ebenfalls in einer Entschließung nur den "Rein"-Sagen Vertrauen aus.

Die deutsche nationale Partei, die als Ritter Georg für Deutschland Ruhm, Ehre und Würde zu kämpfen beginnt, hat den Vorstoß gescheitert in der Entscheidung der Mißtrauensnoten.

Die Zerkleinerung innerhalb der Deutschen nationalen Partei wird andauernd zu hören. Die Partei hat sich in zwei Gruppen geteilt und der Parteivorsitz hat sich in der Deutschen nationalen Partei weiterverleitet, besitzt eine logische Vorhandlung ein, um zur völligen Lage Stellung zu nehmen. Vielleicht wird Herr Weitzel nachher hören: "Zu die bist, mein liebes Kind, nicht mehr unter den Ähren..."

Weser man sich für die wahren Zustände hingeben, selbst wenn die Deutschen nationalen Partei sich in verschiedene Gruppen auflöst, der herrschende Geist, vom Großkapital und von den Herren Organisations als politischer Leitgedanke bestimmt, bleibt nicht nur lebendig, er erstarkt im Kampfe gegen das lassende Volk.

## Überall blutiger Jugendtag!

(Ein. Drahtim.) Jena, 9. September.

Am Sonntag fand die Jugendtagfeier in einem Park außerhalb der Stadt statt. Nach Schluß der Veranstaltung bildete sich ein massives Demonstrationstrupp, der mit Gelang durch die Stadt demonstrierte. Erst kurz vor dem "Volkshaus" wurde der Zug von einem Überfallkommando der Landespolizei überfallen. Die Jugendgenossen liefen sich tapfer. Die Polizei verlor, in den Gärten des "Volkshauses" einbringend; die wütenden Proleten aber waren die Polizisten hinaus und warien die Totenflügel zu.

## Zusammenkünfte mit Stahlhelm

(Ein. Drahtim.) Erfurt, 9. September.

Die Erfurter Jugendgenossen wurden von einem mehr als doppelt so starken Aufgebot der Reichswehr anlässlich einer Demonstration schwer mißhandelt und blutige Verletzungen.

## Zusammenkünfte mit Stahlhelm

Braunschweig, 9. September.

Das Zusammenkommen von Jugend- und Stahlhelmspartei (rund 3000 Teilnehmer) brachte heftige Kämpfe. Den Anfang bildete ein Zusammenstoß mit einer Abteilung der kommunistischen Jugend, die der Aufrechterhaltung der Kommunistischen Jugend, die der Aufrechterhaltung der Jugend, die reizen sollten einzuweisen, nicht löste. Die Frauen wurden ihnen abgenommen und zur Polizei gebracht. Die Kommunisten kamen daraufhin Kampflieber und die Stahlhelmsmitglieder, die an den Kommunisten vorübergehen, stimmten das Scherzspiel. Das war das Signal zum Kampf. Es war ein Zusammenstoß. Die Polizei ging mit blauer Weste gegen die Jugendgenossen vor und verhaftete einige. Kurze Zeit darauf wurde ein mit Stahlhelmsmitgliedern besetzter Konvoi beschossen; fünf Personen wurden leicht verletzt.



# Der chinesische Krieg

## Chang Tso-lin erklärt Peking den Krieg

(W.B.) London, 8. September.

Nach einer Reuters-Meldung aus Peking hat der Generalgouverneur der Mandchurie, Marshal Chang Tso-lin, der Regierung von Peking den Krieg erklärt.

Peking, 8. September.

Das Kabinett hat den Militär-gouverneur von Cheling sowie den Kommandanten von Shanghai abgesetzt. Die Regierung hat ferner dem Militär-gouverneur von Kiangsu Auftrag gegeben, eine Expedition zu entsenden, um die „Mandschienen“ zu zwingen, sich der zentralen Regierung zu unterwerfen, sowie alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Ordnung wiederherzustellen und die Stadt und den Bezirk von Peking zu schützen.

### Fortdauernde Kämpfe

London, 8. September.

Neuer meldet aus Shanghai: Kowlo ist jetzt von den Kiangsu-Streitkräften umzingelt worden, mit Ausnahme von je einer Meile zu beiden Seiten des Noreg- und Shanghai. In aller Eile sind von Kiangsu-Heerführern in Shanghai Truppen abgemacht worden, die verhindern sollen, daß die Kiangsu-Streitkräfte den Weg erreichen und die Verbindungslinie abschneiden. „Times“ meldet aus Shanghai: Das chinesische rote Kreuz befordert einen künftigen Strom von Hunderten von Verwundeten, unter denen sich viele Schwerverletzte befinden, nach Shanghai.

### Die russische Regierung leitet Protestaktionen ein

(Stand. Pr. B.) Moskau, 8. September.

Ein Vertreter des Außenministeriums hat die Moskauer Presse mitteilen empfangen und erklärt, daß die Sowjetregierung gegen eine bestimmte Intervention der anderen Großmächte in den finnischen Konflikt eine Protestaktion in die Wege leiten würde. Die Sowjetregierung bezieht, daß durch eine solche Intervention ihre Stellung und ihr Prestige in den baltischen Gebieten beeinträchtigt werden würde und außerdem das Ansehen der europäischen Imperialisten an den russischen Grenzen eine gewisse Erschütterung bedeute. Eine offizielle russische Protestnote ist zu erwarten.

### Die georgische Berühmterzentrale kapituliert

(Eig. Drahtm.) Moskau, 9. September.

In den georgischen Zeitungen wird eine Erklärung des konterrevolutionären „Patriotischen Komitees“ veröffentlicht, in der dieses Komitee zugibt, daß es seit einigen Jahren vertrieben der in ihm vertretenen Parteien eine bewaffnete Aktion gegen die Sowjetmacht vorbereitet hat. Es habe dazu durch sein ausländisches Bureau in Belgrad, besonders England und Frankreich, Hilfe zu erlangen gesucht. Es heißt in dieser Erklärung:

„Wir wurden befehligt und unsere Aktion verminderte sich in ein Abenteuer und veranlaßte die Sowjetregierung zu Repressalien, für die die gesamte Verantwortung auf uns fällt.“

Das Komitee erklärt nun an eine Fortsetzung des bewaffneten Kampfes gegen die Sowjetmacht für aussichtslos und fordert alle ihm angeschlossenen Parteien auf, alle bewaffneten Streitkräfte aufzulösen, alle Waffen abzugeben und durch volle Unterwerfung das durch die Aktion für das georgische Volk herausbeizubehaltene Unglück möglichst zu vermindern.

### Berzweigte Lage Primo de Riveras

Paris, 8. September.

Die Lage der spanischen Truppen ist außerordentlich teilhaft. Nach Meldungen aus Tanger wird sie immer bedrohlicher. Der Kriegsführung der Republik sind sie nicht mehr gewachsen. Der Provisorium nach ist äußerst schwierig, außerdem beginnt die Materie im Seere zu wanken.

Primo de Rivera, der spanische Diktator, ist mit den Generalen des Direktoriums in Tetuan eingetroffen. Für ihn gibt es aber nichts mehr zu retten. Er beabsichtigt zwar nach Madrid, doch ist die Situation ernstlich bedrohlich, muß aber gleichzeitig zugestehen, daß die spanischen Truppen gegen eine Rückwärtsbewegung willig seien haben.

Aus Marokko wird folgender amtlicher Bericht veröffentlicht: Die Truppen der Weiszone haben ihre Rückzug ausgesetzt. Nachdem sie zwei Stellungen geräumt hatten, hat der Feind die Weiszone angegriffen, bis auf wenige Häuser verbleibend. Die Weiszone sind, ohne Widerstand, im Verhältnis zu der Wirksamkeit des Kampfes wenig zahlreich.

(Europapress.) Madrid, 8. September.

In gut unterrichteten Kreisen rechnet man mit der Möglichkeit einer jenseitigen Niederlage von Spanien in der Weiszone. Man erklärt, daß ein General Primo de Rivera vor die Wahl gestellt sei, entweder eine verwerfliche Offensive zu ergreifen, die sich sicher zu einer Niederlage führen würde, oder einen allgemeinen Rückzug anzuordnen, wodurch das Prestige des Direktoriums eine bedeutliche Erschütterung erfahren würde. Der Bericht des Königs und Primo de Riveras auf die gesamte Welt nach der Indusfahrt ist also, was sie die Jahresfeier des Direktoriums präzisieren wollten, wird in dieser Beziehung als charakteristisch bezeichnet. Auch die Proklamation, die Primo de Rivera am Sonntag an die Arme gerichtet hat mit der Aufforderung, dem Direktorium noch einige Monate Vertrauen zu schenken, wird dahin ausgelegt, daß die Regierung wenig Zuversicht mehr in die Lage hat.

In der spanischen Zone Marokkos jagen die Rifstämme die Soldaten des spanischen Direktoriums vor sich her, und es wird nicht lange währen, und Spanien wird das ganze Gebiet, das ihm auf der Marokkofronten in Algieria 1912 zugesprochen wurde, verlieren. Das läßt den französischen Imperialisten keine Ruhe. Schon ruft die in ihren Diensten stehende bürgerliche Journaille nach einer französischen Besetzung der Zone Marokkos, wobei sie den abgegriffenen Vorwand haben, daß die von Spanien herrschende Bevölkerung die Stämme der Ruhe und Sicherheit der nordafrikanischen Besitzungen Frankreichs gefährden könnten.

Wie dem auch sei, vorläufig scheint die Rolle der Spanier in Marokko ausgepielt zu sein; eine Aufgabe, die sich im Inneren Spaniens durch Anstreben der Bevölkerung ausweitete. Die spanischen Behörden beabsichtigen für den Jahrestag des Staatsstreiches Primo de Riveras alle Einheiten einen Umkehr und haben sämtliche Truppen mobilisiert, um dem zuvorkommen.

Außerdem wird in Kollisionsform gemacht. Die Bürgermeister aller Städte und Dörfer haben ein Telegramm zugesandt bekommen, das sie am 13. September an das Direktorium absenden müssen, in welchem sie der Regierung „unverzüglich“

# Weißrussischer Befreiungskampf in Ostpolen

(U.) Romno, 8. September.

Aus russischen Quellen verlautet, daß Petljura intencio in Warschau eingetroffen und von der polnischen Regierung an die russische Grenze geschickt worden sei, um gegen die immer reichlicher auftretenden weißrussischen Banden vorzugehen. Der Bandenkampf nimmt sehr eckige Formen an; es gibt fast täglich Tote und Verwundete.

Nach der Generalführer Bulat-Balachowski, der sich durch seine Grouamkeit in früheren Kämpfen mit den Sowjet-Truppen ausgezeichnet, hat den Polen seine Dienste im östlichen Grenzgebiet angeboten. Polnische Gendarmerei und Truppen werden an der Grenze zusammengezogen, aber es gelingt ihnen selten, die Banden der Russen abzuwehren. In den Schlämpen und Sümpfen der Uferläufe aufstehen und in den Schlämpen und Sümpfen zu streifen, um sich bald wieder zu sammeln.

Warschau, 9. September.

Die Bandenkämpfe in Ostpolen nehmen ständig an Heftigkeit zu. General Petljura liegt an der Spitze eines starken Kavalleriecontingentes im Bezirk Ostrowo. Im Gebiet von Romno-Grodno und von Stolpa gelang es dem polnischen General Bulat-Balachowski, die Banden zurückzuschlagen. Bei Stuhly wurde ein Trupp von polnischen Ulanen umzingelt und angegriffen. Ein großer Bandentrupp brach nach Süden durch, überließ sich aber nach der Stadt Lubow und stiftete erheblichen Schaden an. Von der Grenze bis zur Grenze wechelt täglich zwischen einem Petljura u. g. In jedem Orte liegt polnische Militär. In der vorliegenden Gegend sind größere Truppen von Militär aus Galizien zusammengezogen, auch aus Lubow sind mehrere Bataillone zur Verstärkung herbeigerufen worden. Die polnische Presse bringt fast gar keine Nachrichten über die Ueberfälle, obwohl täglich zahlreiche Verwundete nach Grodno und Lubow gebracht werden.

Die bürgerliche Presse verurteilt die Schuld an diesen Zusammenstößen der Sowjetregierung in die Schuhe zu schieben. Dabei hat die polnische Regierung nicht das Geringste mit den ostpolnischen Untertanen zu tun. Kein, hier handelt es sich um nichts weiter als um den Befreiungskampf der wider ihren

### Militär gegen die freitenden französischen Seeleute

Schwerer Kampf — Polizei geschlagen — Verhinderung der Lage

(Eig. Drahtm.) Marseille, 8. September.

Im Hafen von Marseilles liegen bereits zwanzig Schiffe vor Anker, deren Mannschaften im Streit stehen. Heute wurde ein Kohlen-dampfer, der Streikbrecher an Bord führt, von den Streikenden zur Landung gezwungen. Der Kapitän wurde in Haft genommen. Die Polizei überließ Streikposten und verhaftete drei Arbeiter. Darauf zog ein Haufen von mehreren hundert Streikenden vor die Polizeistation, drang in das Gebäude ein und besetzte die Gelände.

Auf Grund dieses Voralles gab der Handelsminister Meyer seinen Polizeibeamten Anweisung, in jedem Falle mit äußerster Strenge vorzugehen. Unter dem Schutz der von Meyer kommandierten Polizei gelang es einer Streikbrecherbande, ein Schiff flottzuwerden. Um das Auslaufen zu verhindern, saßen sich die Streikenden gezwungen, zum äußersten Mittel zu greifen und das Schiff in Brand zu setzen. Darauf kam es zu einem erbitterten Kampf zwischen den freitenden Seeleuten und der Polizei, der länger als vier Stunden dauerte. Die Streikenden erlitten keine nennenswerten Verluste, dagegen wurde der Kapitän des angegriffenen Schiffes und etwa zehn Polizisten mehr oder weniger schwer verletzt.

Herriot liefert Arbeit an die spanischen Faschisten aus. In Perpignan wurde gestern ein spanischer Arbeiter, der seine vorläufige Aufenthaltserlaubnis befristet, wegen Vertriebes einer antifaunistischen Broschüre verhaftet. Die Broschüre enthielt scharfe Angriffe gegen den faschistischen Diktator Spaniens, Primo de Rivera. Der Arbeiter hatte das Buch, die Broschüre, die er auf der Straße verteilt hatte, auch dem spanischen Konsul, den er nicht kannte, in die Hand zu drücken. Auf die Aufforderung des Konsuls hin, wurde der Arbeiter von der Herriot-Polizei verhaftet und auf Befehl des Ministeriums des Innern nach Spanien abtransportiert.

„Die Freitenden“ „tiefe Ergebenheit“ geloben, und das mit dem Sach schließt: „Hoch das Direktorium, hoch der General Primo de Rivera!“ Die Nichtabgabe dieses Telegramms wird mit sofortiger Abweisung und Entlassung bestraft.

Damit nicht genug, hat Primo de Rivera nach italienischem Muster eine eigene Faschistenorganisation, die „Patriotische Union“, gegründet, die im wesentlichen als seine Leibgarde fungiert. Ein Zeichen, wie außerordentlich ernst er selbst die Lage ansieht.

### Militärputsch in Chile

Santiago, 8. September.

Hier ist es zu einem militärischen Staatsstreich gekommen, der die Demission des Kabinetts zur Folge hatte. Der General Alessandri hat sich als Führer der Bewegung erklärt. Die Demission des Kabinetts wurde durch die Demission des Ministers des Innern, General Barros, herbeigeführt. Der General Barros ist ein Mann von großer Bedeutung. Er hat sich in der Bewegung für die Freitenden ausgesprochen. Er hat sich in der Bewegung für die Freitenden ausgesprochen. Er hat sich in der Bewegung für die Freitenden ausgesprochen.

Es handelt sich hier zweifellos um einen faschistischen Staatsstreich, der dem des Primo de Rivera nicht unähnlich ist.

### Antifaschistische Kundgebungen in Newyork

Die Ankunft des italienischen Faschisten Duce, der von einem amerikanischen Kreuzer auf der Höhe von Grönland herlos auf den Küsten des Atlantischen Ozeans landend ausgesetzt worden war, gab zu heftigen antifaschistischen Kundgebungen an. In Newyork in Begleitung seiner Freunde auf dem Bahnhof in Newyork erschien, brach eine lautenstimmige Menge in lärmende Rufe aus. Die einen riefen: Es lebe Duce! während die Antifaschisten, die zahlreicher vertreten waren, mit den Rufen: Ab mit Duce! antworteten. Die Polizei mußte eingreifen, um den Fiskus vor Unruhen zu schützen. Unter dem Schutze der Polizei wurde er dann mit seinen Begleitern nach einem Hotel geleitet.

Willen von Polen gemalt einmündigen Weißrussen. Wir haben schon des Öfteren darüber berichtet, wie unerträglich die Unterdrückung nicht nur der Kommunisten, sondern sämtlicher nationaler Minderheiten in Polen ist. Kein Wunder, daß die weißrussische Bevölkerung in einem von Tag zu Tag sich verschärfenden Partisanenkrieg ihren deutlichen Willen zum Anschluß an die weißrussische Räterepublik dokumentiert, von der sie weiß, daß dieser proletarische Staat allen ihren nationalen Forderungen Genüge tun wird.

Die Tatsache, daß Petljura und der General Bulat-Balachowski in den Kampfgebieten eingesetzt sind, zeigt sehr deutlich, wie außerordentlich zugespitzt die Situation ist. Petljura ist der berüchtigte Bogomolow, der durch diese vielfache weißrussischen Einfälle in die Ukraine das Land verunreinigt und die Bevölkerung desmiert. Die polnische Regierung bemerkt durch sein Einsetzen, daß sie gar nicht daran denkt, den Wünschen der nationalen Minderheiten auf national-souveräne Autonomie entgegenzukommen. Im Gegenteil, sie verhärtet ihren reaktionären Kurs, der zugleich eine blutige Herausforderung Sowjet-Rußlands ist.

### Attentat auf den polnischen Staatspräsidenten

(W.B.) Lemberg, 9. September.

Heute nachmittags, als der polnische Staatspräsident Wojciechowski nach Eröffnung der Lemberger Session nach dem Gebäude der Wojwodschafft fuhr, wurde aus der Menschenmenge gegen das Auto des Präsidenten eine Bombe geschleudert, welche nur schwach explodierte, da der Inhalt noch vor dem Auslösen verflüchtigt wurde. Weiter der Präsident noch irgend jemand von seinem Begleitersonal wurde verletzt. Ein an dem Anschlag beteiligter wurde verhaftet, andere konnten flüchten. Der Beschäftigte ist ein in Wien studierender Hochschüler namens Steiger, der Sohn eines Glaser aus Lemberg. Der Staatspräsident begab sich nach dem missglückten Attentat in das Gebäude der Wojwodschafft, an dessen Eingang er von der Menschenmenge lebhaft begrüßt wurde.

### Unter Herriots Regime

Der Streit in Nordafrika

(Eig. Drahtm.) Marokko, 8. September.

Die eingehenden Meldungen in Tunis lassen seit drei Wochen im Kampf. Es kam bereits öfters zu großen Zusammenstößen mit der Polizei, die eine Reihe von Verhaftungen nach sich zogen. Gestern sammelte sich nach einer gemäßigten Straßenkundgebung eine erregte Menge vor dem Polizeigebäude und verlangte sofortige Freilassung der Gefangenen. Die Polizei war dem Vorhaben der Menge gegenüber hilflos, so daß sie mit einem Handstreich nachgeben mußte. Die Freigelassenen wurden im Triumph durch die Stadt getragen.

### Erfolg Mostaus in Paris

Paris, 8. September.

Der Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Tschirgierin, hat sich von Mostau aus telegraphisch an Herriot gewandt mit der Bitte, die Archive der russischen Gesandtschaft in Paris in seine Obhut zu nehmen. Herriot hat ebenfalls durch Telegramm zugejagt. Damit hat Frankreich den ersten Schritt zur Freilassung der russischen Archive der Sowjetregierung getan, da die Beschlüsse bis jetzt als der Kerkel-Regierung gehörig betrachtet wurde.

### Der Streit der belgischen Bergarbeiter dauert fort

(Eig. Drahtm.) Brüssel, 8. September.

Die mit der Unteruchung der Vorfälle und Lebensverhältnisse der belgischen Bergarbeiter beauftragte Kommission hat ihre Arbeiten beendet. Das auf Grund der gemachten Feststellungen abgegebene Gutachten gibt den Unternehmern eine zur Reduzierung ihrer erhöhten Lohnforderungen dienliche Unterlage. In der gemäßigten Kommission ist man noch zu keiner Einigung gelangt, da die Arbeitgeber auf Grund des Resultats der Untersuchungen ihre Forderungen noch weiter hinaufzuziehen. Für Dienstag hat der Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitervertreter zu einer neuen Zusammenkunft eingeladen. In mehreren Streikversammlungen wurde bereits Stellung genommen und der Schiedspruch entwirft abgelehnt.

### Ford in Deutschland

Der Ford-Konzern hat bereits in Deutschland in der Zeits. Buzge Eisenwerken einen Stützpunkt. Er hat jetzt mit einer Reihe Großfirmen eine neue Gesellschaft begründet, die „Norddeutsche Fahrzeug A.G.“, die neben großen Reparaturwerkstätten und Garagen den Betrieb von Ford-Autos und Traktoren übernehmen soll.

### Gas- und Bazillentrug

Der Böcker und hat vor drei Jahren eine Kommission beauftragt, sich mit den Verwendungsmöglichkeiten der Giftgas- und Bakterien in künftigen Kriegen zu befassen. Der Bericht, erfaßt von den Professoren Pfeiffer (Berlin), Wahlen (Kopenhagen), Cannon (Harvard), Zanetti (Columbia), Batena (Rom), Angeli (Florenz), Mayer (Paris), liegt nun vor. Er ergibt, wie einem Bericht der „Kölnischen Zeitung“ zu entnehmen ist:

„Die Verhütung von Bakterien, etwa in Granaten eingeschlossen, verpricht einwillige keine großen Erfolge, dagegen werden die Giftgas- eine gewaltige Rolle spielen. Es sind ihrer auf dem Stand von 30 Granaten gegen 1000 bekannt, die untereinander kombiniert werden können und je nach Mischung die Augen, die Lungen, die Verdauungsorgane oder das Blut angreifen werden. Es wird möglich sein, die Bevölkerung großer Städte unter einem Gasstrahl zu erlösen.“

Ein Schmahmittel dagegen gibt es nicht. Jedes lebende Wesen, vertriebe es sich aus tiefer Kälte, wird von den Giftgasen der Zukunft herbeizurufen und vernichtet. Die Verwendung geschieht durch Luftschiffe und Fernsteuerungs-Geschosse. Der Luftkrieg wird nicht zwischen Mächten ausgetragen werden, sondern die Auswertung einer Waffe ist zu ziehen haben. Die genannten Autoritäten sind durchaus der Meinung, die Zeit reife aus für die Verwendung von Bakterien im Dienste des organisierten Nordes. Fortschritt der Wissenschaft!“

Auf ein Beitrag zu den Genfer Friedenskonferenzen. Die ehrenwerten Professoren haben mirlich mit aller Gründlichkeit festgestellt, was die Völker von der jähigen „Waffe des Friedens“ zu erwarten haben.

# Veranstaltungen der A.P.D.

**Ortsgruppe Halle**  
 Mittwoch, 10. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Treibhaus“: 100  
 Jubiläum zu einer letzten Gedächtnisfeier.  
**Galle-Gaulkreis**  
 Wittenberg, Mittwoch, 10. September, abends 8 Uhr, bei Dierich: Mitgliedervereinn.  
 Gedächtnisfeier über den verstorbenen Mitgliedern.  
 Halle, Mittwoch, 10. September, abends 8 Uhr, bei Herrn: Mitgliedervereinn.  
 Gedächtnisfeier über den verstorbenen Mitgliedern.  
**Kreis Weissenfels**  
 Weissenfels, Donnerstag, 11. September, abends 8 Uhr, bei Schaefer: Mitgliedervereinn.  
 Gedächtnisfeier über den verstorbenen Mitgliedern.  
**Kreis Bitterfeld**  
 Bitterfeld, Freitag, 12. September, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten“: Kreis-  
 funktionärsversammlung.  
 Köpenick, Mittwoch, 10. September, abends 8 Uhr, bei Schmidt: Mitgliedervereinn.  
**Kreis Delitzsch**  
 Delitzsch, Freitag, 12. September, abends 8 Uhr, im „Eichenhof“: Eilenburger-  
 Kreis.  
**Kreis Wittenberg**  
 Wittenberg, Mittwoch, 10. September, abends 8 Uhr, bei Freudenberg: Frauenabend.  
 Delitzsch, Freitag, 12. September, abends 8 Uhr, im „Eichenhof“: Eilenburger-  
 Kreis.  
 Wittenberg, Freitag, 12. September, abends 8 Uhr, bei Kölliker: Kreis-  
 funktionärsversammlung.  
 Klein-Wittenberg, Freitag, 12. September, abends 7 Uhr, im „Schützen-  
 haus“: Kreis-  
 funktionärsversammlung.  
 Jena, Sonntag, den 13. September, abends 7 1/2 Uhr, im „Rüchiger Hof“:  
 Kreis-  
 funktionärsversammlung.  
 Reuders, Sonntag, den 13. September, abends 7 1/2 Uhr, im „Weintraube“:  
 Kreis-  
 funktionärsversammlung.  
 Chemnitz, Sonntag, den 13. September, abends 7 1/2 Uhr, im „Schützenhaus“:  
 Kreis-  
 funktionärsversammlung.  
 Weissenfels, Sonntag, den 13. September, abends 7 1/2 Uhr, bei Gödicke: Kreis-  
 funktionärsversammlung.  
 Weissenfels, Sonntag, den 13. September, abends 7 1/2 Uhr, im „Dübener-  
 Hof“: Kreis-  
 funktionärsversammlung.  
**Kreis Zeitz**  
 Zeitz, Mittwoch, 10. September, abends 8 Uhr, im „Schweizergarten“: Kreis-  
 funktionärsversammlung.  
 Zeitz, Donnerstag, 11. September, abends 8 Uhr, im „Lorens Hof“: Kreis-  
 funktionärsversammlung.  
 Zeitz, Freitag, 12. September, abends 8 Uhr, im „Goldenen Hof“: Kreis-  
 funktionärsversammlung.  
**Kreis Torgau**  
 Torgau, Sonntag, den 13. September, abends 8 Uhr: Kreis-  
 funktionärsversammlung.



# Welch' ein Glück in dieser Zeit!

Es ist eine sich in der Geschichte stets wiederholende Tatsache, dass gerade in schweren Zeiten die größten Erfindungen gemacht werden; das ist immer so gewesen bis zum heutigen Tage.

Jetzt ist Feinkostmargarine „Schwan im Blauband“ der grosse Freund für alle Leute geworden, die guten Geschmack mit der unvermeidlichen Sparsamkeit vereinigen müssen. Aber auch von Leuten ohne finanzielle Sorgen wird „Schwan im Blauband“ geschätzt. Dafür bürgt die ausgezeichnete Qualität.

Preis 50 Pf. das Halbpfund in der bekannten Packung

# Schwan im Blauband frisch gekirmt

**Deutschlands grösste Abnormitäten-Schau à la Barnum & Bailey**  
 ist mit seinen seltsamen Menschenwundern zum Markt eingetroffen \*571  
**Heute großer Eröffnungstag**  
 Sämtliche Abnormitäten werden in einem doppelten amerikanischen Prachtbau gezeigt

**F. Lindenhahn, Halle a. d. S., Königsstraße 8**  
 Spezialgeschäft für  
**Rohherbe, Rohböden, Dauerbrandböden**  
 in bester u. einfachster Ausführung  
 Ofenrohre, Platten sowie alle Einzelteile 2637  
 Badtöpfe u. weiß emailliert

**Auf Kredit!**  
**Die Hermann Liebau**  
 Auswahl in:  
 Herren- und Damen-  
 Garderobe,  
 Möbel aller Art  
 Schlüssler, Küchen- und  
 Einrichtungs- u. alle  
 An- und Abzahlungen  
**man muss kennen**  
 Hermann Liebau  
 Halle a. S.,  
 Merseburger  
 Straße 22  
 2634

**Stadt-Theater**  
 Mittwoch, 7 Uhr:  
**„Gauk“**  
 In den Hauptrollen  
 Selma, Gänzel,  
 Klabender  
 Donnerstag 6 1/2, U  
**„Tritan und Joide“**  
**Belustigungen**  
 in jeder, billig  
**Schmeeritz, 19.**  
 Lederwaren-  
 Spezial-Geschäft.  
**Kaufe Kanarien**  
 Hähne und  
 Weibchen  
 Zahl 5 Stk. u. höher  
**Frei Tischler**  
 Breite 20  
 Telefon 3411  
**Schuldrasschnitt**  
 bei Leder- u. rein  
 Neue Strassen 13  
**Nur eine Anzeige**  
 im geleierten  
 Organ der wert-  
 tätigen Bevölke-  
 rung  
 und Sie sind unter  
 händiger Zurecht

Während der  
**Herbst-Messe**  
 bringen wir für wenig Geld  
**14 Posten Schuhwaren**  
 zu erstaunlich billigen Preisen

**Ein Posten Kinder-Schnallenstiefel**  
 braun kariertes Stoff,  
 Größe 17/21 Paar **0,95**

**Ein Posten Niederstiefel**  
 aus Samt u. Stoff, mit  
 gut. halbt. Sohle, Paar **1,65**

**Ein Posten Kamelhaar-Ladiesstiefel**  
 gute Lederstiefel,  
 Größe 36/42 Paar **2,65**

**Ein Posten Damen-Halbstiefel**  
 schwarz, moderne,  
 spitze Form, Paar **5,95**

**Ein Posten Damen-Spangenschuhe**  
 Ago, moderne, spitze  
 Form, Paar **8,25**

**Ein Posten Damen-Spangenschuhe**  
 echt Chevreau, mod.  
 Form, Paar **8,75**

**Ein Posten Damen-Halbstiefel**  
 echt Chevreau, mod.  
 spitze Form, Paar **10,50**

**Beachten Sie gefl. unser Spezial-Schau-fenster**  
 Die angebotenen Schuh-waren sind im Barriere und im II. Stock auf Extra-Tischen zum Verkauf gestellt

**Ein Posten Cord-Bantoffel**  
 mit Trockenfilz u. Spalt-  
 lederstiefele, Paar **0,95**

**Ein Posten Blüsch-Bantoffel**  
 mit Trockenfilz und  
 Spaltlederstiefele, Paar **1,95**

**Ein Posten Kamelhaar-Arbeitsstiefel**  
 mit Fleck, Größe 36/42  
 Paar **2,85**

**Ein Posten Bumus**  
 schwarz, Hochporeau,  
 Größe 36/40, Paar **7,90**

**Ein Posten Damen-2-Spangenschuhe**  
 bequem, gute Polierform,  
 Größe 36/42, Paar **8,50**

**Ein Posten Damen-Schnürstiefel**  
 echt Chevreau, Rahmenart,  
 weiß gepolst., Gr. 36/42, P. **9,50**

**Ein Posten Damen-Ladiesstiefel**  
 mit Schiebelschnallen  
 Paar **13,75**

**Volkspart**  
 Heute, Dienstag, im großen Saal:  
**Gr. Sinfonie-Konzert**  
**18. Sommer-Schau-Konzert**  
 Karten am Eingang zu haben

**Lichtspieltheater, Wittenberg**  
 Das Sentationsprogramm für  
 Dienstag bis Donnerstag 211  
**Die Taten des Hercules**  
 Multipiel  
**Die Insel der verlorenen Schiffe**  
 Spannendes Reiz-Sentationsbild  
 in 8 Akten nach dem amerikanischen Roman  
 Fabelhafte Sturm- u. U-Boot-Szenen

**Winterjoppen**  
 größte Auswahl  
 in Qualität  
 mit extra gutem Futter  
 schon von **12 Mk.** an  
**Paul Landgraf**  
 Schmeeritzstraße 17/18

**Heißen Wohnung! Theibers**  
**Alles Hauschlachten!**  
 wird noch angenehmer  
**Walter Blächer**  
 Anger 6 898

**Kosum-, Produktiv-, Spar- u. Bauverein**  
 für Annaburg u. Umgeg. (e. G. m. b. H.)  
 Sonntag, den 14. September 1924,  
 nachmittags 3 Uhr,  
 im Saalhof „Zum goldenen Ring“:  
**Ordentliche Generalversammlung**  
 Tagesordnung:  
 1. Genehmigung der Bilanzrechnung vom 1. Januar 1924  
 2. Antrag der Verwaltung betr. Aufwertung des Gesellschaftsanteils und der Spartenanlagen  
 3. Antrag der Verwaltung betr. Verneuerung der §§ 7, 9 u. 12 der Statuten  
 4. Bericht über d. Geschäftsjahr 1923/24  
 5. Bericht des Aufsichtsrates, Genehmigung der Bilanz, Bestätigung der Verwaltung über die Verteilung des Reingewinns und Entlastung des Vorstandes  
 6. Wahl von zwei Aufsichtsratsmitgliedern und zwei Ersatzmitgliedern  
 7. Geschäftliches \*70  
 Der Kassier:  
**J. A. Wilsch, Schüttauf**  
**Zeitungsträger**  
 für Pöhlitz sofort gesucht. Zu melden bei Otto Fritzsche.

**Veranstaltungen des „Roten Frontkämpfer-Bund“**  
**Ortsgruppe Halle**  
 Halle, Spielstätte Mittwoch 7 1/2 Uhr in der „Produktiv-Gesellschaft“.  
**Gaulkreis**  
 Dessau, Mittwoch, 10. Sept., abends 8 Uhr, bei Seidewitz: Gelübungsversammlung.  
 Halle, Donnerstag 11. Sept., abends 8 Uhr: Gelübungsversammlung.  
 Jüterbog, Sonntag, 13. Sept., abends 8 Uhr, im „Gedächtnis-Haus“: Gelübungsversammlung.  
**Kreis Merseburg**  
 Mansfeld, Mittwoch, 10. September, im Hof Schumann: Mitgliederversammlung.  
 Kreisverband A.P.D.

**Leopold Nussbaum**  
 Das führende Kauf- und Warenhaus Halles

Unsere Trägerinnen kassieren in diesen Tagen und bitten wir daher, den Betrag bereitzulegen





# Der Kommunistische Gewerkschafter

Kampforgan für die Arbeit der Kommunisten in Gewerkschaften, Betriebsräten und Genossenschaften

Bezugspreis:  
Einzelnummer 10 Pfennig

Berlin, im September 1924

Verlag: Vereinigung Internationaler Verlags-  
ankalten GmbH, Berlin, Blauerstr. 17  
Red.: Will Schoenbein, Berlin, Rosenhater Str. 33

## Die nächsten Schritte.

B. In zwei wichtigen grundsätzlichen Dokumenten hat die Partei ihre Übereinstimmung mit den Moskauer Beschlüssen zur Gewerkschaftsfrage niedergelegt. Der Reichsarbeitsausschuß der Gewerkschaftsopposition und die Reichsgewerkschaftskonferenz der SPD. haben ihre Beschlüsse natürlich nicht gefaßt als eine platonische Liebeserklärung zu den Moskauer Weltkongressen. Die Beschlüsse dieser beiden wichtigen Konferenzen sind tatsächlich der nächste und kürzeste Weg für die Durchführung und Verwirklichung der gewerkschaftlichen Einheit. Hinter den Beschlüssen steht nicht nur ein fester Wille, dieselben in die Tat umzusetzen. Neben der kommunistischen Partei haben auch die selbständigen Verbände den Beschlüssen ihre Zustimmung gegeben. Das hat praktisch und politisch die größte Bedeutung. Die Haltung der selbständigen Verbände zeigt, daß sie die historische Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Einheit für das deutsche und internationale Proletariat erkannt haben. Wie viele kleine Berufsverbände der Amsterdamer Internationale wagt sich seit Jahren, ihre kleine Organisation zugunsten eines Industrieverbandes aufzulösen. Kleinlicher Kastengeist und engstirniger Partikularismus verhindern immer wieder, daß die Vorstände der gewerkschaftlichen Opposition nach dieser Richtung hin Erfolg haben. Wie steht gegenüber dieser erbärmlichen Haltung der Amsterdamer Bürokratie das Verhalten der selbständigen Verbände ab. Sie zögern nicht, um die revolutionäre Klassenfront des Proletariats zu stärken, auch für sich die organisatorischen Konsequenzen zu ziehen. Wenn man bedenkt, daß in den selbständigen Verbänden die Nichtkommunisten in der Mehrzahl sind, erkennt man erst richtig die große Bedeutung der Zustimmung der selbständigen Verbände zu den Beschlüssen des Reichsarbeitsausschusses und der Reichsgewerkschaftskonferenz.

Der Beschluß des Reichsarbeitsausschusses vom 7. August über die Aufgaben der Opposition in der deutschen Gewerkschaftsbewegung und die auf der Reichsgewerkschaftskonferenz der SPD. am 17. August angenommenen Richtlinien für die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften ergänzen sich. Der Beschluß enthält die politische und die Richtlinien enthalten die organisatorische Seite unserer Gewerkschaftsarbeit.

### I.

Die Resolution des NVA. kennzeichnet den politischen Inhalt der nächsten Epoche: Kampf um die Abwälzung der Lasten bei der Durchführung des Sachverständigenplanes. Die Reformisten haben dem Proletariat die Kriegslasten während des Krieges aufgeschleppt, sie sind jetzt bereit, der Arbeiterklasse auch weiterhin die Lasten des verlorenen Krieges aufzubürden. Nichts ist natürlicher, als daß die Gewerkschaftsopposition in erster Linie und hauptsächlich den Kampf gegen die Reformisten und ihre Politik führen

muß. Die Einheit der Gewerkschaftsbewegung ist deshalb nicht Verzicht auf die politische Propaganda und Aktion, sondern sie ist der entschiedene Kampf gegen jedwede Umkehrung des Reformismus in der nationalen und internationalen Arbeiterbewegung. Die politischen Gesichtspunkte, nach denen die Kampagne zur Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit in Deutschland geführt werden muß, sind folgende:

- a) Kampf gegen jeden Austritt, gegen jede Spaltung, gegen alle Spaltungspolitik, gegen jede Bildung von Parallelorganisationen.
- b) Verpflichtung für jeden unorganisierten oppositionellen Arbeiter, sofort zurückzukehren in die freien Gewerkschaften. Einleitung einer Kampagne unter den Unorganisierten mit dem Ziel, sie den freien Gewerkschaften zuzuführen.
- c) Kampf für die Uebergabe der Leitung der Gewerkschaften in die Hände der revolutionären Arbeiter.

Die Taktik der selbständigen Verbände wird in der Resolution ebenfalls unzweideutig festgelegt. Das erste ist: keine Neugründung selbständiger Verbände und Kampf gegen jede Bildung von Parallelorganisationen. Zweitens wird erklärt: „Um vor der gesamten Arbeiterklasse ihre Bereitwilligkeit zur Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit zu manifestieren, werden die selbständigen Verbände einen gemeinsamen Vorschlag an den ADGB. und die in Frage kommenden Organisationen machen, in sofortige Verhandlungen zum Zwecke der Verschmelzung einzutreten. In der Herstellung der proletarischen Demokratie und Meinungsfreiheit in den Gewerkschaften und in der Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen erblicken die selbständigen Organisationen eine genügende Garantie für eine dauernde Zusammenfassung in einer Organisation.“ Die gesamte Tätigkeit der selbständigen Verbände muß ausgehen von dem Grundsatz des Kampfes um die gewerkschaftliche Wiedervereinigung.

Die Arbeit der Partelorganisationen besteht nicht mehr in der allgemeinen Diskussion der Moskauer Beschlüsse. Die Grundlagen der praktischen Arbeit der Partei sind jetzt die Beschlüsse, denen die wichtigsten Funktionäre der Partei und die selbständigen Verbände ihre Zustimmung gegeben haben.

### II.

Die Richtlinien der Reichsgewerkschaftskonferenz vom 17. August geben den Organisationen spezialisierte Aufweisungen für die Durchführung der Gewerkschaftsbeschlüsse. Der oberste Grundsatz dieser Arbeit lautet: „Jeder Kommunist muß Mitglied einer Gewerkschaft sein und in ihr seine revolutionäre Aufgabe erfüllen.“ Die Ortsgruppenleitungen sind verpflichtet, innerhalb kürzester Frist alle Parteimitglieder auf ihre Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaftsorganisation zu kontrollieren. Die Partei be-

gnügt sich jedoch nicht mit der Feststellung, daß jeder Kommunist Mitglied einer Gewerkschaft sein muß. Bis Ende September muß die Kampagne zur Organisierung der Kommunisten in den freien Gewerkschaften beendet sein. Wer nach diesem Zeitpunkt aus Gründen, die nicht außerhalb seines Machtbereiches liegen, nicht Mitglied einer freien Gewerkschaft ist, der muß als Defektor betrachtet werden, der kann nicht mehr Mitglied der kommunistischen Internationalen sein. Die Partei ist sich jedoch bewußt, daß mit Maßregelungen und Disziplinierungen diese Frage nicht in erster Linie gelöst wird. Deshalb werden in der ersten Hälfte des Oktober mit allen Parteigenossen, die sich weigern, ihrer Gewerkschaftsorganisation beizutreten, politische Besprechungen abgehalten werden. In diesen Besprechungen wird noch einmal der Versuch gemacht, die Genossen von der Notwendigkeit unserer Gewerkschaftsarbeit politisch zu überzeugen.

In der Zeit der großen Schwankungen der Partei in der Gewerkschaftsfrage hatte in vielen Bezirken die Fraktionsarbeit aufgehört. Die Fraktionen müssen sofort mit allen Kräften neu aufgebaut, resp. umorganisiert werden. Hierzu hat die Reichsgewerkschaftskonferenz wichtige Beschlüsse gefaßt. Zunächst muß wieder festgehalten werden, daß es keine besondere Fraktionspolitik gibt, die in jeder Gewerkschaft nach anderen Grundsätzen betrieben wird. Die Gewerkschaftsfraktionen sind Organe der Partei und haben die Aufgabe der Partei auszuführen. Die von den Fraktionen als Vorsitzende gewählten Genossen müssen deshalb von der Ortsgruppenleitung befähigt werden. Genossen, die dem Vorstand einer freien Gewerkschaft oder dem Vorstand einer selbständigen Organisation angehören, dürfen nicht Mitglieder des Fraktionsvorstandes sein. Bisher war es in vielen Fällen so, daß die Genossen — sehr oft aus Bequemlichkeitsgründen — den kommunistischen Gewerkschaftsangeestellten auch gleichzeitig zum Vorsitzenden der Fraktion gewählt hatten. Durch die Vereinigung zweier so wichtiger Funktionen in der Person eines als Gewerkschaftsangeestellten tätigen Genossen hat die Fraktionsarbeit sehr oft Schaden gelitten. Nicht nur das. Die Fraktion wurde sogar benutzt, um opportunistische Entgleisungen und Abweichungen der kommunistischen Gewerkschaftsangeestellten zu decken. Unter allen Umständen müssen die Genossen den Grundsatz festhalten, daß die Fraktionen neben ihren politischen Aufgaben auch die Kontrolle über die Durchführung dieser Aufgaben durch die damit beauftragten Funktionäre auszuüben haben. Weder die Angestellten oder Vorstandsmitglieder einer freien Gewerkschaft noch die Angestellten oder Vorstandsmitglieder einer selbständigen Organisation können deshalb Mitglieder des Fraktionsvorstandes sein. Wird dieser Grundsatz durchgehalten, dann wird die Fraktion für diese Genossen auch eine viel festere Stütze im Kampfe gegen die Reformisten sein. Der kommunistische Beauftragte im Vorstand oder Büro einer freien Gewerkschaft oder einer selbständigen Organisation kann viel schärfer und rücksichtsloser gegen die Reformisten auftreten, wenn hinter ihm eine lebendige und politisch aktive Fraktion steht. Die Mitglieder- und Funktionärsversammlungen der Gewerkschaften werden dann bestimmt nicht für die Reformisten, sondern für die Kommunisten entscheiden. Das hängt aber neben bestimmten objektiven Faktoren, die natürlich ihre Bedeutung haben, im wesentlichen von der energischen und zielklaren Arbeit unserer Fraktionen ab.

Mit größter Aktivität müssen die Ortsgruppenleitungen die Bildung und Durchorganisierung „Roten Kartelle“ betreiben. Diese Roten Kartelle sind die örtliche Zusammenfassung der gesamten Gewerkschaftsopposition und der selbständigen Verbände, welche durch ihre Reichsleitung der NSG. angeschlossen sind. Dem Roten Kartell sollen außerdem angehören Vertreter der Betriebsräte, der Frauen und der Jugend. Es muß der Zustand beseitigt werden, daß die örtlichen Gewerkschaftsfraktionen ihre besondere Zusammenfassung haben und daß die selbständigen Verbände ebenfalls in einem besonderen Kartell vereinigt sind. Gewerkschaftsopposition und selbständige Verbände gehören

in ein Kartell. Wo ein Roten Kartell besteht, müssen die Kartelle der selbständigen Organisationen aufgelöst werden. Dadurch wird verhindert, daß die Gewerkschaftsopposition und die selbständigen Verbände gegen- oder nebeneinander arbeiten. Es wird weiter verhindert, daß die Führer der selbständigen Verbände unter dem Druck der Nichtkommunisten in ihren Organisationen sich zu einem Kampf gegen die Partei verleiten lassen. Die Roten Kartelle dürfen sich auf keinen Fall von den Massen isolieren. Ihre Aufgabe besteht in der schärfsten Mobilisierung aller revolutionären Elemente innerhalb der freien Gewerkschaften. Die Roten Kartelle müssen es verstehen, die Reformisten in den Ortsauschüssen des NSG. zu entlarven. Sie sollen aber ihre Aufgabe nicht darin erblicken, dem Ortsauschuß des NSG. seine Pflichten abzunehmen. Mit allen Mitteln müssen die Roten Kartelle vielmehr dafür sorgen, daß durch den Willen der Massen die Ortsauschüsse des NSG. von den Reformisten gesäubert werden.

Es ist klar, daß die politische und organisatorische Gewerkschaftsarbeit durch die Partei nur geleistet werden kann, wenn hinreichend finanzielle Mittel vorhanden sind. Die Partei muß zur Lösung ihrer Aufgaben alle finanziellen Mittel bis zum Letzten anspannen. Die Erledigung der Gewerkschaftsarbeit erfordert deshalb die Bildung eines besonderen Kampffonds. Zu diesem Kampffond sollen vor allen Dingen auch die nichtkommunistischen Arbeiter ihren Beitrag leisten. Diejenigen revolutionären Arbeiter und Anhänger der gewerkschaftlichen Opposition, die den Weg zur Partei noch nicht gefunden haben, sollen durch ihren Beitrag leisten. Diejenigen revolutionären Arbeiter und zeigen, daß sie gewillt sind, für die Befreiung der Arbeiterklasse auch materielle Opfer zu bringen. Die Partei wird deshalb ab 1. Oktober Kampffondmarken für die Gewerkschaftsopposition ausgeben. Die Reichsgewerkschaftskonferenz hat beschlossen, daß der Beitrag auf 20 Pf. pro Monat für männliche Vollarbeiter, auf 10 Pf. pro Monat für Kurzarbeiter, Frauen, Jugendliche und Landarbeiter festgesetzt wird. Es ist Pflicht eines jeden Parteimitgliedes, monatlich eine Marke zu kaufen. Auf Beschluß des Fraktionsvorstandes können erwerbslose Parteigenossen von der Leistung des Pflichtbeitrages entbunden werden. Die Kasserung erfolgt durch den Kassierer der Gewerkschaftsfraktion. Von den Einnahmen verbleiben 30 Prozent in der Klasse des Roten Kartells, 40 Prozent gehen an die Bezirksleitung, 30 Prozent an die Zentrale. Die Partei hat bereits früher ihre Gewerkschaftsarbeit durch besondere Beiträge finanziert. Während der Inflationsperiode ist das System des Gewerkschaftsbeitrages zusammengebrochen. Die Selbstwertung machte, wie sich die Genossen erinnern werden, jede Sammlung von kleinen Beiträgen illusorisch. Jetzt liegen die Dinge wieder anders. Auch der kleinste Beitrag muß gesammelt und gewertet werden. Se eifriger und energischer unsere Genossen den Vertrieb der Kampffondmarken auch bei den Sympathisierenden organisieren und durchführen, um so größere Aufgaben können wir uns stellen und erfüllen.

### III.

Die politischen Aufgaben der kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen sind oben bereits kurz gekennzeichnet. Neben der Erfüllung dieser allgemeinen politischen Aufgaben müssen die Fraktionen natürlich die besonderen örtlichen und gewerkschaftlichen Fragen beachten. In jeder Frage müssen unsere Fraktionen die Initiative haben. Sie dürfen nicht warten, bis die Bürokratie ihrer Zehntel oder ihres Ortsauschusses sie überrumpelt. Unsere Fraktionen müssen den Versammlungen und Generalversammlungen ihres Verbandes das politische Gesicht geben. Jede Versammlung und jede Aktion ist vorher in der Fraktionsführung durchzusprechen. Jede einzelne Frage muß beraten werden. In der Versammlung muß die Fraktion unter allen Umständen eintrittlich und geschlossen auftreten. Die Kommunisten müssen mit den übrigen oppositionellen Arbeitern einen festen Block bilden. Kein Kommunist darf die An-



nahme einer Funktion verweigern! Keine Position und keine Funktion in den Gewerkschaften darf den Reformisten kampflos überlassen werden.

Eine besondere Frage ist die Berichterstattung der Fraktionen. Das Unternehmertum hat einen bis ins kleinste ausgebauten Apparat zur Information über die Vorgänge innerhalb der Arbeiterschaft. Die Industriellen verfolgen jede Bewegung der Arbeiter. Sie erspähen jede Schwäche und jede Lücke in der Front. Auf Grund ihres glänzenden Informationsdienstes sind die Unternehmerorganisationen in der Lage, alle Vorteile für sich restlos auszunutzen. Wesshalb fehlt auch den kommunistischen Arbeitern noch das Verständnis für die Notwendigkeit und Nützlichkeit einer präzisen Berichterstattung über die Bewegungen in der Arbeiterschaft und über die Maßnahmen der Reformisten. Die Fraktionen sind verpflichtet, von ihrer Tätigkeit monatlich Berichte zu geben. Ueber Art und Inhalt der Berichterstattung geben die Richtlinien der Reichsgewerkschaftskonferenz Aufschluß. Die Berichte werden in der Zentrale zusammengefaßt, dadurch werden diese Berichte wertvoll und vorteilhaft für die Arbeit der gesamten Partei. Sie zeigen die Stärken und Schwächen unserer Arbeit und geben uns gleichzeitig einen genauen Einblick in die Arbeit des Gegners.

#### IV.

Der ADGB. steht den Beschlüssen der kommunistischen Partei zur Gewerkschaftsfrage nicht gleichgültig gegenüber. In der reformistischen Presse, in Konferenzen und Versammlungen rüstet die Amsterdamer Bürokratie zur Gegenoffensive. Die Amsterdamer werden vor allen Dingen versuchen, unseren Genossen die Arbeit innerhalb der Verbände noch mehr zu vereiteln. Entwürdigende und diktatorische Maßnahmen werden provoziert, um die Kommunisten zu erledigen. Die Demokratie innerhalb der Verbände wird abhängig gemacht von der Willkür einer Bonzenclique. Es sei hier nur an das Meisterstück erinnert, das sich der Hauptvorstand des Verbandes der Maschinisten und Heizer anlänglich des Verbandstages im August d. J. geleistet hat. Die Anträge der Mitglieder zum Verbandstag wurden demselben gar nicht erst vorgelegt, sondern sofort einem sogenannten „Aeltestenausschuß“ zur Sichtung übergeben. Dieser vom Hauptvorstand aus getreuen Nameluden zusammengesetzte Aeltestenausschuß hat von etwa 60 Anträgen schließlich 7 Anträge für würdig befunden, auf der Tagesordnung des Verbandstages zu erscheinen. Auch die Aufnahmebedingungen werden von den Amsterdamern verschärft. Schließlich zeigen jedoch diese manchmal geradezu grotesken Verzweigungsmaßnahmen der Amsterdamer, daß die Leute den Kopf verlieren und keinen Ausweg mehr sehen. Es geht ihnen wie dem kapitalistischen Polizeistaat, der eine große aus ökonomischen Ursachen entstehende Massenbewegung mit Paragraphen und Polizeimüßeln erledigen will. Noch kein Staat hat sich mit diesen Methoden einer revolutionären Bewegung erwehren können. Auch die Amsterdamer müssen mit ihren Polizeimethoden gegen die Gewerkschaftsopposition Schiffbruch erleiden. Denn die Opposition wird getragen von den Ideen der Zukunft. Mit der Opposition geht die ökonomische, ökonomische und politische Entwicklung. Die Amsterdamer Bürokratie aber versucht, gegen diese Entwicklung anzukämpfen und das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Deshalb muß und wird unsere Idee und unsere Politik Sieger bleiben!

## Der Kampf um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung.

Von Fritz Hedert. (Schluß)

### II.

Wenn so, vom internationalen Gesichtspunkt aus betrachtet, die Politik der kommunistischen Internationale und der KGB. zum Gewerkschaftsproblem, insbeson-

dere zur Frage der Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit auch richtig erscheinen mag, erwidern manche unserer Genossen, so ändert sich die Sache gänzlich, wenn wir die deutsche Situation betrachten. Sie sagen, man muß, wenn man Politik treiben will, die besonderen nationalen Umstände genau betrachten und in Rechnung setzen. Das ist zweifellos wahr. Wir müssen also prüfen, ob für Deutschland eine solche von den allgemeinen Verhältnissen in den anderen Ländern abweichende Situation vorhanden ist, die uns nicht nur das Recht gibt, sondern uns zwingt, eine andere Gewerkschaftspolitik, als wie die Weltkongresse sie beschloßen haben, zu treiben. Untersuchen wir also die Verhältnisse.

Es ist eine Tatsache, daß die Reformisten in Deutschland mindestens ebenso schlecht sind, wahrscheinlich schlechter, als wie die reformistischen Gewerkschaftsführer in den meisten anderen Ländern. Diese haben so zahlreiche Verbrechen an den Arbeitern begangen, daß man sie gar nicht mehr aufzählen kann. Alle Ergründungen der Revolution wurden von ihnen preisgegeben. Eine rücksichtslose Ausschlußpolitik der revolutionären Elemente aus den Verbänden wurde betrieben und mit Mitteln, wie sie nirgendwo angewendet wurden. Das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder existierte für die reformistische Bürokratie nicht. Und wenn es in Deutschland verhältnismäßig wenig Wertschätzungen von den Gewerkschaften gibt, so nicht deswegen, weil die deutschen Reformisten gegen die Spaltung sind, sondern einerseits wegen der unerblichen Schuld der deutschen Arbeiter, die mir schwer rebellieren gegen die Schandtat ihnen übergeordneter Schichten, zum anderen aber wegen der großen Energie, mit der die kommunistischen Elemente gegen die Spaltung angeknüpft haben. Die deutschen Gewerkschaften sind darum auch bis in den Herbst des Vorjahres im wesentlichen intakt geblieben. Zwar war auch bei ihnen ein Rückgang der Mitglieder zu verzeichnen, dieser erklärt sich aber in der Hauptsache als das Resultat der schweren Wirtschaftskrisen, die auf dem deutschen Arbeiter lasteten.

Ein katastrophaler Zusammenbruch der deutschen Gewerkschaftsbewegung tritt erst nach dem Cuno-Streik des Vorjahres ein. Die Erbitterung der proletarischen Massen über das gänzliche Versagen der Gewerkschaften bei der Verteidigung der Rechte der Arbeiterklasse und der freche Verrat der Bürokratie gegenüber der kämpfenden Arbeiterschaft lodert das Gefüge der Gewerkschaftsverbände. Er macht auch die revolutionären Arbeiter innerlich unsicher. Diese fangen an zu zweifeln, ob es überhaupt möglich sei, die gewerkschaftlichen Organisationen den Händen der reformistischen Verräter zu entreißen und sie wieder zu Massenorganen des Proletariats zu machen. Erst durch diese Erschütterung nimmt der Zusammenbruch der deutschen Gewerkschaftsbewegung einen unerwarteten Umfang an. Millionen von Arbeitern haben die Verbände verlassen.

Müssen wir also konstatieren, daß die deutschen Reformisten und ihre Politik ebenfalls wie die Politik der Reformisten anderer Länder zur Zerstörung der Gewerkschaftsbewegung führte, so können wir bei weiterer Untersuchung der Lage in Deutschland ebenfalls feststellen, daß die, wenn auch unbedeutenderen Spaltungen in unserem Lande die gleichen Wirkungen wie anderwärts hervorriefen. Das Unternehmertum konnte mit größtem Erfolg seine Offensive durchführen. Die Reformisten wurden immer mehr in das Lager der Bourgeoisie gedrängt und wurden zu Organisatoren des Streikbruchs. Die abgesplitterten selbständigen revolutionären Organisationen waren aber ihrerseits nicht in der Lage, die Massen des Proletariats in den Kampf um die Verteidigung ihrer Rechte zu führen. Die objektiven Bedingungen, unter denen diese Verbände arbeiten müssen, sind so schwierig, daß es ihren Mitgliedern auch bei dem größten Heißemut nicht gelingen kann, isoliert von den unter dem Einfluß der Reformisten stehenden Massen des Proletariats erfolgreiche Kämpfe zu führen. Weiter kann festgestellt werden, daß an allen Orten, wo es durch die Politik der Amsterdamer zu Spaltungen gekommen ist, oder wo unsere Genossen sich zu Absonderungen provozieren ließen, der

Einfluß der revolutionären Elemente auf die Gesamt-Bewegung zurückgegangen ist.

Bei einer nüchternen Betrachtung der Lage müssen wir also sagen, auch für Deutschland ist der Kampf um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung ein wichtiges Problem, das wir lösen müssen. Und es gibt gar keine Ursache, die einen ernstlichen Arbeiter veranlassen könnte, die Beschlüsse der Weltkongresse in Deutschland nicht durchzuführen zu wollen. Allerdings, wir verhehlen es nicht, die Schwierigkeiten, die uns bei der Lösung dieser Aufgabe entgegen treten, sind außerordentlich große. Die Erbitterung der Arbeitermassen über den Verlust aller Positionen, für die sie mit Recht die Reformisten verantwortlich machen, macht unsere Agitation in den Fabriken, für den Wiedereintritt in die Gewerkschaften nicht leicht. Wir werden weiter noch auf lange Zeit mit der Tatsache rechnen müssen, daß die Amsterdamer ihre Ausschlußpraxis nicht einstellen, sondern eher verschärfen werden. Auch in unseren eigenen Kreisen werden wir vielen Widerstand gegen diese in der Gewerkschaftsfrage eingeschlagene Einheitsfronttaktik finden. Viele unserer Genossen erklären, daß sie es mit ihrer Ehre für unvereinbar halten, noch einmal in die Amsterdamer Gewerkschaften einzutreten, um sich von den Lakaien der Bourgeoisie beschimpfen und maßregeln zu lassen, als wenn es nicht gerade eine Ehrenpflicht der revolutionären Genossen wäre, in das Lager des Feindes einzudringen und dort revolutionäre Arbeit zu leisten.

Nichts darf einen Kommunisten hindern, seine ganze Kraft einzusetzen, um in den Massen für die Herstellung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu wirken, ihnen unermüdlich klar zu machen, daß der Reformismus in der Arbeiterbewegung nur ausgerottet werden kann, wenn ein zäher Kampf für die Eroberung der Gewerkschaften geführt wird, wenn es gelingt, die revolutionären Elemente mit den Massen des Proletariats auf das engste zu verbinden. Der gegenwärtige Kampf der Arbeiter in den Werkstätten und in den Bergwerken gegeneinander, der die notwendige Folge der von den Reformisten herbeigeführten Spaltung der gewerkschaftlichen Organisationen ist, hindert zu einem sehr beträchtlichen Teil die Herausbildung einer kämpfenden Massenfront gegen das Kapital. Und wenn wir in Deutschland noch in der glücklichen Lage sind, keine zentral gesplattene Gewerkschaftsbewegung zu besitzen, so soll uns das ein Ansporn sein, um zu verhindern, daß die Amsterdamer Bürokratie in unserem Lande solche Zustände schafft, wie in Frankreich und in einigen anderen Ländern. Je erbitterter auch die deutschen Arbeiter für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung im nationalen und im internationalen Maße kämpfen, um so schneller wird es auch gelingen, die Arbeitermassen für unser revolutionäres Gewerkschaftsprogramm zu gewinnen. Die Amsterdamer in unserem Lande werden schon ihrerseits dafür sorgen, die Einheit nach Möglichkeit zu hintertreiben, denn es ist ja gerade ihr Wille, die Gewerkschaftsbewegung zu spalten, um einer revolutionären Kampfführung besser ausweichen zu können. Die deutschen Arbeiter werden schnell begreifen lernen, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, sich hinter die revolutionären Elemente zu stellen, die die Einheit in den Organisationen wollen und für sie kämpfen — nicht

bezwegen, weil sie den Glauben an die revolutionäre Sache verloren haben —, sondern um besser und schneller einen erfolgreichen Kampf gegen die Kapitalisten und alle ihre Helfershelfer führen zu können. Der Reichsarbeitsausschuß hat nach eingehender Prüfung der Lage und nach Prüfung aller Argumente für und wider die Beschlüsse der beiden Weltkongresse sich mit allen gegen eine Stimme für die Durchführung der beschlossenen Linie ausgesprochen und er wird all seine Kraft einsetzen, um in Gemeinschaft mit der Parteiorganisation eine so breite Massenbewegung für den Klassenkampf und für die gewerkschaftliche Einheit zu schaffen, der sich die Amsterdamer nicht erwehren können.

## Bibliographie der Gewerkschaftsbewegung und Sozialpolitik.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir regelmäßig die Neuererscheinungen auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung und Sozialpolitik. Die mit \* bezeichneten Werke sind kommunistische Veröffentlichungen.

- \* A. Polowski: „Der große Strategie des Klassenkampfes.“ 1924. Bibliothek der Roten Gewerkschaftsinternationale. Band 20. Führerverlag, Berlin NW. 6. Charitéstr. 7.
- \* A. Polowski: „Grundzüge der Entwicklung der internationalen Gewerkschaftsbewegung.“ 1924. Bibliothek der Roten Gewerkschaftsinternationale. Band 20. Führerverlag, Berlin NW. 6. Charitéstr. 7.
- \* A. Polowski: „Die internationale Gewerkschaftsbewegung vor und nach dem Atriae.“ 1924. Führerverlag, Berlin NW. 6. Charitéstr. 7.
- \* Z. Leder: „Der Achtstundentag“ (Sozialreform oder Sozialrevolution?) Führerverlag, Berlin NW. 6. Charitéstr. 7.
- \* Z. Leder: „Sind die Amsterdamer Gelbe?“ Führerverlag, Berlin NW. 6. Charitéstr. 7.
- \* R. Rubinkeim: „Die Konzentration des Kapitals und die Aufgaben der Arbeiterklasse.“ Bibliothek der Roten Gewerkschaftsinternationale. Band 29. 1924. Führerverlag, Berlin NW. 6. Charitéstr. 7.
- \* Bericht des Volkswirtschaftsreferats der Roten Gewerkschaftsinternationale. (An den III. Kongress der R.G.I. in Moskau am 5. Juni 1924.) Führerverlag, Berlin NW. 6. Charitéstr. 7.
- \* Die rote Gewerkschaftsinternationale. Mai 1924, Heft Nr. 5 und Juni 1924, Heft Nr. 6. Führerverlag, Berlin NW. 6. Charitéstr. 7.
- \* M. Straßer: „Arbeiterin und Gewerkschaft.“ 1924. Führerverlag, Berlin NW. 6. Charitéstr. 7.
- \* E. Schachnowski: „Die Entwicklung des russischen Eisenbahnerverbandes.“ 1924. Führerverlag, Berlin NW. 6. Charitéstr. 7.
- Protokoll über die Verhandlungen des zweiten (11.) Verbandstages des Zentralverbandes der Soz., Restaurants- und Café-Angeheilen in Gassel 1924. 125 S. Verlag: Zentralverband der Soz., Restaurant- und Café-Angeheilen, Berlin N.
- Internationales Münchner-Sekretariat. Bericht und Abrechnung vom 1. Januar 1921 bis 20. Juni 1924 an die 7. Internationale Konferenz in Berlin Juli 1924. 22 S.
- Georg Fried Rieckert: Gewerkschaftslehre. 132 S. Verlag: Ernst Feinrich Moritz (Zuh. Franz Mittelbach), Stuttgart.
- J. Rubsch: Berliner Klassenkampf, mehr Wilsonsarbeit. 1924. 68 S. Verlag: Deutsche Wertmeisterbuchhandlung, München-Difflsdorf.
- Schriften der Deutschen Arbeiterverbände G. B. Heft 7: Die Volkspolitik der deutschen Arbeiter. 88 S. Verlagsbuchhandlung Dr. Billeter (Heinrich Beuten), Berlin G.
- Dr. G. Reich: Die hamburghische Gewerbeaufsicht, ihre Entwicklung und ihre Aufgaben. Hamburghisches Gewerbeaufsichtsammt, Arbeiten und Sonderberichte 1924. 108 S. Paul Hartung Verlag, Hamburg.
- Georg Hirscher: Die staatliche Wohlfahrtspflege in Preußen 1919 bis 1923. 227 S. Carl Neumanns Verlag, Berlin.
- Statistik für Auswanderer, Krankensachen von der Arbeiter-Kranken- und Sterbefälle der Vereinigten Staaten von Amerika. 1924. 87 S. Verlag: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Berlin S. Inselstr. 4.
- Dr. Hans Breiter: Die Dramatiker der industriellen Interessen in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des Reichsverbandes der deutschen Industrie“. 61 S. Dramatikers-Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin W.
- Kongresse der Metallindustrie. Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes. 351 S. Verlag von Alexander Schlicke u. Co., Stuttgart.
- Die deutsche Arbeiterkraft und das Sachverständigenautachten vom 9. April 1924, von Heinrich Köster-Berlin und Dr. Georg Gerack-Hohum. 30 S. „Der Stern“, Verlag für praktische Politik und geistige Erneuerung, Berlin W. 35.
- Was soll Deutschland leisten? Die Sachverständigenautachten von James und McKenna nebst allen Anlagen. 80 S. Verlag von Reinmar Hobbins, Berlin SW. 61.
- Berufsfeuerwehrmänner. Bericht des Vorstandes über das erste Selbstjahr 1924. 23 S. Selbstverlag des Verbandes, Berlin N., Paulstraße 1.
- Oskar Karpas: Warum brauchen wir Gewerkschaften? 33 S. Verlag: Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Berlin SW. Schleifische Straße 42.

## Das erste marxistische Buch über den Weltkrieg Zehn Jahre Krieg und Bürgerkrieg

Band I: Der Krieg. Von Paul Frölich.

240 Seiten. 1,50 Mark

muß jeder Arbeiter gelesen haben. Bezug durch  
den Literaturobmann oder durch die Buchhandlungen.